Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration

Hessen hat Familiensinn

HESSEN

Hessen hat Familiensinn – Bericht der Dialogforen

Impressum

Herausgeber:
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden
www.soziales.hessen.de

Redaktion:
Winfried Kron, Benedikt Weber, Esther Walter (verantwortlich)

Gestaltung:
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com
Haike Boller (verantwortlich), Jing Dünisch

Fotos:
Marc Holstein, Anja Jahn (S. 5)

Inhalt

Vorwort Familienminister Stefan Grüttner 04

Vorwort Bärbel Schäfer 05

Ergebnisse des Dialogprozesses 06

Handlungsempfehlungen der Kommission „Hessen hat Familiensinn“ 24

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

„Hessen hat Familiensinn". Unter diesem Motto hat die Landesregierung im vergangenen Jahr 4 große Dialogforen mit großer Bürgerbeteiligung organisiert. *Familienwelten, Seniorinnen und Senioren, Beruf und Familie und Kinder und Jugendliche* waren und sind die zentralen Themen für Familien in Hessen.

Vieles kann als Ergebnis festgehalten werden. Neue Arbeitszeitmodelle wurden genauso diskutiert wie eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf oder die Beteiligung von Jugendlichen bei und in der Politik. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Alle diese Ideen sind der Kommission „Hessen hat Familiensinn" zugegangen, einem 29köpfigen Gremium von Expertinnen und Experten aus ganz Hessen. Unter dem gemeinsamen Vorsitz der bekannten Journalistin Bärbel Schäfer und mir hat die Kommission es geschafft aus vielen Ideen ganz konkrete Handlungsempfehlungen zu bilden. Handlungsempfehlungen, die bereits heute und während Sie diesen Bericht lesen, in die Tat umgesetzt werden.

Auf den folgenden Seiten können Sie nachlesen, welche Themen und Schwerpunkte in den Dialogforen diskutiert wurden. Sie können Eindrücke von der sehr intensiven Arbeitsatmosphäre gewinnen und natürlich finden Sie in diesem Bericht auch die beschlossenen Handlungsempfehlungen der Kommission „Hessen hat Familiensinn". Der Erfolg von „Hessen hat Familiensinn" hat gezeigt, dass der ergebnisoffene Dialog zwischen Politik, den Expertinnen und Experten und insbesondere auch den Bürgerinnen und Bürgern ein großer Zugewinn für eine wirksame und nachhaltige Familienpolitik sein kann. Aus diesem Grund kann ich Ihnen bereits heute versprechen, dass die Hessische Landesregierung diesen Dialog auch in Zukunft fortsetzen wird.

Doch auch der Prozess „Hessen hat Familiensinn" ist mit diesem Bericht nicht zu Ende. Zahlreiche Handlungsempfehlungen wollen und werden umgesetzt werden und die Kommission hat gerade ihr Fortbestehen über das Jahr 2017 hinaus beschlossen. Ich würde mich freuen, wenn Sie den Dialog auch in Zukunft begleiten und ihren Teil dazu beitragen, dass dieses Land auch weiterhin mit Fug und Recht behaupten kann: „Hessen hat Familiensinn".

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Grüttner

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

als berufstätige Mutter beschäftigt mich das Thema Familie täglich. Der Spagat zwischen Familie und Beruf. Meine Kinder „gesund" aufwachsen zu sehen. Sich um die ältere Generation kümmern.

Mit Herrn Familienminister Grüttner den gemeinsamen Vorsitz über die landesweite Kommission „Hessen hat Familiensinn" wahrzunehmen, war mir von Beginn an ein großes Anliegen und eine Freude. Wenngleich mir zu Anfang nicht ganz klar war, wie „konkrete Handlungsempfehlungen für Familien in Hessen" erstellt werden können, wie dies im Regierungsprogramm in Hessen beschrieben ist.

Vier Dialogforen liegen hinter uns. Und nicht immer ging es darum etwas ganz Neues zu (er-)finden. Mich hat besonders der Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft, zwischen Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen und Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern beeindruckt. Verschiedene Perspektiven, aber ein Ziel. Antworten zu finden auf die alltäglichen Fragen und auch Sorgen von Familien. Wo und wie finde ich einen Babysitter, wenn dies ungeplant einmal nötig ist? Was tun, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird? Wie kann ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen Lösungen finden, um beidem gerecht zu werden – Familie und Job.

Was ich nach einem knappen Jahr sagen kann: In dieser Form der Verständigung, und des Austausches mit Allen, liegt großes Potenzial. Dieses Format hilft Erfahrungen und Wissen zu ganz konkreten Initiativen zu formen für Familien in Hessen. Und ich würde mir persönlich wünschen, dass in Zukunft in ganz Hessen mehr solche „Dialogforen" entstehen, die das Motto „Hessen hat Familiensinn" lebendig werden lassen.

Bärbel Schäfer

„Wir wollen die Familienfreundlichkeit in Hessen weiter voranbringen und sind davon überzeugt, dass hierzu viele Maßnahmen und konkrete Schritte unternommen werden können, ohne dass große finanzielle Mittel bewegt werden müssen. Wir werden deshalb eine Kommission „Hessen hat Familiensinn“ einberufen mit Vertretern aus Parlament, Regierung, Wirtschaft, Verwaltung, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbänden, Medien und privaten Initiativen mit dem Ziel, praktisch anwendbare Handlungsempfehlungen für mehr Familienfreundlichkeit auszuarbeiten.“

(Quelle: Aus dem Regierungsprogramm der Hessischen Landesregierung)

Bürgerbeteiligung und Diskussionskultur

Aus ganz Hessen waren von Mai bis Oktober 2017 Vertretungen von Verbänden und Bürgerinnen und Bürger zu vier Dialogforen eingeladen, um über die Bedürfnisse der Familien zu diskutieren, Probleme zu benennen und gemeinsam Empfehlungen für das politische Handeln zu skizzieren. Dabei ging es dem vom Hessischen Familienministerium ins Leben gerufenen Projekt „Hessen hat Familiensinn" darum, mit Hilfe der an den Dialogen Beteiligten die durchaus erfolgreiche Familienpolitik in Hessen noch bedarfsgerechter zu gestalten – ein innovativer und beachtlicher Markstein im Prozess der Entscheidungsfindung.

Nach dem vierten Dialogforum lässt sich ohne Übertreibung behaupten: Eine so lebendige, vielfältige und ergebnisoffene Diskussionskultur hat es in dieser Form zu diesem ressortübergreifenden Großthema noch nicht gegeben. Zwar waren die Dialogforen nicht dafür gedacht, politische Entscheidungen zu treffen. Sie sollten aber ohne äußere Vorgaben zu „authentischen Vorschlägen" gelangen, die den Kern des jeweiligen Bedarfs für Familien, Eltern, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen benennen. Diese Sicht auf die Dinge zu erfahren, ist das Anliegen der Hessischen Landesregierung.

Eine von ihr speziell dafür geschaffene Kommission „Hessen hat Familiensinn" übernimmt die Aufgabe, aus den umfassend dokumentierten Vorschlägen der Dialogforen konkrete Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger abzuleiten. Denn es genügt nicht, die offen zur Sprache gekommenen Bedürfnisse, Probleme und Lücken nur wahrzunehmen und aufzugreifen. Sie müssen nachvollziehbar und stimmig in einen Rahmen politischer Gestaltung eingefügt werden. Auch deshalb müssen die Empfehlungen praktikabel, also realistisch umsetzbar sein. So entfaltet sich zwischen den authentischen Vorschlägen aus der Zivilgesellschaft und den letztlich politischen Entscheidungen ein spannender Transformationsprozess, der andauern wird. Darin sind die Dialogforen eine wichtige Moment- und Bestandsaufnahme.

Die vier Dialogforen fanden jeweils an einem Tag statt: das erste am 5. Mai zum Thema „Familienwelten", das zweite am 26. Juni zu „Seniorinnen und Senioren", das dritte am 14. September zu „Beruf und Familie" und das vierte am 26. Oktober zu „Kinder und Jugendliche". Gastgeberin aller Foren war Bad Nauheim, unweit von Frankfurt am Main und gleichsam in der Mitte der hessischen Landkarte gelegen. Mit den vier Themen war ein Großteil der Familienpolitik abgedeckt. Das Tagesprogramm erstreckte sich jeweils von 10 bis 16 Uhr.

Weil sich die für ein Dialogforum angemeldeten nahezu 80 Gäste hätten unmöglich alle gemeinsam austauschen, beraten und entscheiden können, war das Plenum nur am Anfang und zum Abschluss der Veranstaltung versammelt. Für die längste Zeit dazwischen hatten sich nach vorgesehenen Schwerpunkten vier oder fünf Unterforen mit jeweils rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gebildet, die in eigenen Räumen tagten...

Gemeinsam waren allen Unterforen zwei Fragestellungen, die das Projekt „Hessen hat Familiensinn" formuliert hatte und eher als Anhaltspunkte denn als Leitlinien gedacht waren: „Stimmen bisherige Initiativen im Land mit den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger überein? Wo muss nachgebessert werden?"

Um in relativ kurzer Zeit zu guten Ergebnissen gelangen zu können, bedurfte es professioneller Moderatorinnen und Moderatoren, die das Geschehen in Bahnen lenkten und das erforderliche Tempo des Vorankommens im Blick behielten. Die Diskussionen liefen in einer guten und sehr konstruktiven Balance zwischen Ruhe und Lebendigkeit, Vielfalt und Zielorientierung ab. Nach einer persönlichen Vorstellung in der Runde des Unterforums, die den Namen, den Beruf und da und dort die Zugehörigkeit zu einer Organisation oder Institution bekannt gab und den Wohnort mit einem Fähnlein auf der Landkarte Hessens markieren ließ, schritten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Tat: Aufgefordert und ermuntert von ihrer Moderatorin, schreiben die im Unterforum Mitwirkenden ihren auf ein wahrgenommenes Defizit hinweisenden konkreten Wunsch und Besserungsvorschlag auf ein standardisiertes Blatt Papier. Diese erste Mitteilung wurde zur Quelle und Basis des weiteren Prozesses.

„So viele Köpfe, so viele Meinungen", sagten schon die alten Römer – dieser Satz bewahrheitete sich auch hier. Deshalb galt es, sämtliche Erwartungen nach Gemeinsamkeiten und Überschneidungen zu ordnen.

Die entscheidenden Schritte im Verlauf waren die Clusterbildung, die Priorisierung durch Vergabe von Stimmen mit Punkten und die Endauswahl von zwei oder maximal drei Maßnahmenvorschlägen zum Finale des Forums. Das Gleichgewicht der Unterforen blieb so am Ende erhalten.

Die dazu dringend nötige Diskussion war sehr fruchtbar und produktiv:
Solche und ähnliche Formate haben sich schon auf anderen Terrains – besonders in der Projektplanung mit Zielgruppen – bewährt, sind aber ein Novum in der politischen Bürgerbeteiligung. Hessen setzt damit neue Akzente.

Schon im Jahr 2018, kündigte der hessische Familienminister am Ende der Veranstaltung an, werde die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen beginnen. Dieses Versprechen stieß auf Applaus der Teilnehmenden.

Die Liste der von den Diskutierenden gelobten hessischen Programme, Maßnahmen und Einrichtungen ist lang. Sie reicht von der Hessischen Familienkarte und dem Hessischen Familientag

über die landesweiten Familienzentren und Pflegestützpunkte bis hin zu den Mehrgenerationenhäusern.

Doch gerade sie galten als noch zu rar gesät. Gegen die wachsende Einsamkeit älterer Menschen wünschen sich etliche Beteiligte „Caring Communities", sich kümmernde Gemeinschaften. Besonders mehr „gemeinschaftliche generationenübergreifende Wohnprojekte". Die Dokumentation hält fest: „Oftmals fiel der Begriff des ‚Alternativen Wohnens'." Gemeint ist, dass vor allem ältere Menschen ein allernächstes soziales Umfeld haben und nutzen können sollten. Als Vorbild wurde ein entsprechendes Wohnprojekt in Antwerpen genannt. Ganz konkret forderte auch ein Vorschlag die Zielsetzung, dass zehn Prozent aller öffentlich geförderten Wohnungen solche Wohnprojekte sein sollten. Deutlich bescheidener war daneben der Wunsch nach Um- und Neubau von barrierefreien Wohnungen für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger formuliert. Gleiches galt für das Modellprojekt einer „Concierge" für Wohnanlagen, die/der Ansprechpartner/in für die Bewältigung des Alltags sein soll, und zwar nicht nur handwerklich. Auf die Ausgangsfrage „Wo sehen Sie Handlungsbedarf aus der Sicht der Seniorinnen und Senioren in Hessen?" antwortete die Diskussionsrunde, es brauche eine Gesamtstrategie. Auch die Verbraucherberatung sollte – wie die Verbraucherzentralen – in allen Kreisstädten gefördert werden und eine rechtliche Beratung zur Pflege und zum Testament bieten. Noch mehr in den Blick nehmen sollten die in ihrem Tun sehr geschätzten Familienzentren die Bedürfnisse der Älteren als demografisch wachsende Zielgruppe. Anstelle einzelner und zahlreicher „Kümmerer", die in allen Dialogforen vor allem für den ländlichen Raum gewünscht wurden, aber ebenso wenig rekrutierbar wie finanzierbar seien, böten sich vielleicht bereits bestehende Einrichtungen als bessere Alternativen an. Genau diese Institutionen gelte es zu fördern und zielgerecht auszubauen.

Eine nachhaltige Förderung

Die Nachhaltigkeit von Fördermaßnahmen war in den Dialogforen ein wichtiges und wiederkehrendes Thema. Vor allem im 1. Forum wurde bemängelt, dass bei einer zeitlichen Befristung, die für fast alle Projekte gelte, deren Nachhaltigkeit kaum beurteilt werden könne. Von vornherein verunsichere die Befristung von Maßnahmen und Angeboten sowohl die Anbieter als auch die Nutzer. Es sei also besser, meinte ein Teilnehmer, die vorhandenen Mittel nicht auf zahlreiche befristete, sondern auf wenige sorgfältig ausgewählte Projekte zu verteilen und deren Förderung nicht oder auf mindestens fünf Jahre zu befristen. Sein Fazit: Die Politik müsse eine neue „Förderlogik" etablieren.

Ein sehr konkretes Plädoyer für die Entfristung von Förderprojekten war im 2. Dialogforum zu „Seniorinnen und Senioren" zu vernehmen: Es beinhaltete die Einrichtung eines hauptamtlichen „Ehrenamtsbegleiters", der in bestimmten Quartieren Freiwillige betreut und mit anderen Ehrenamtlichen vernetzt. Diese empfohlene Fördermaßnahme wäre dann erfolgreich, wenn

sich die Ehrenamtlichen bei ihrem „Begleiter“ besonders gut aufgehoben fühlten und aus diesem Grund ihr freiwilliges Engagement lange fortsetzen. Notwendig sei also eine dauerhafte Förderung mit Regelfinanzierung. Um die Finanzierung ging es auch bei einem anderen Thema, das in allen Dialogforen kursierte: die finanzielle Unterstützung für Eigenleistungen, insbesondere die von pflegenden Angehörigen. Da die Familie den größten Anteil der Pflege leiste – bis zu drei Viertel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt – sei ein Umdenken dringend erforderlich. Bei der finanziellen Absicherung für die häusliche Pflege, vor allem für die mehrheitlich belasteten Frauen, gebe es einen beträchtlichen Handlungsbedarf.

Der Ruf nach mehr „Kümmerern“

Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen vermissten einen Ansprechpartner, der räumlich nah und zeitnah entweder selbst Hilfe leisten oder eine solche vermitteln kann. Der Ansprechpartner in Form des „Kümmerers“ tauchte auch im 2. Forum auf. Dort wurde an dem Wunsch festgehalten, einen „Kümmerer im ländlichen Raum“ einzuführen: „Dieser ist Ansprechpartner für sein Teilgebiet, ist über alle Angebote bestens informiert, mobilisiert die Zielgruppe und kennt ihre Bedürfnisse.“ Er wäre dann erfolgreich, wenn die Zielgruppe aufgrund verbesserter Bedingungen in ihrem Quartier, die Angebote aktiver nutzte und – wenn sich sowohl das Land wie Stiftungen finanziell beteiligten.

Auch für ältere Menschen wird ein Ansprechpartner vorgeschlagen. Dieser solle im Sinne einer „Angehörigenbegleitung von Anfang an" einem individuellen, aufsuchenden und begleitenden Fallmanagement gemäß sein, besonders für über 80-jährige Pflegebedürftige. Diese rücken auch bei den anderen vorgeschlagenen Managern nicht von ungefähr in den Vordergrund. Der demografische Wandel bringe dies mit sich.

Zum Schwerpunkt Pflege schlug das 1. Forum einen „Fallmanager" pro Landkreis vor, der über alle Angebote informiert. Laut Vorschlag des 2. Forums könnte ein „Begegnungsmanager", möglichst mit internationalem Hintergrund, Seniorinnen und Senioren sämtlicher Nationalitäten und Religionen persönlich in der Gemeinde oder im Quartier ansprechen und zur Netzwerkbildung beitragen: „Das Ziel ist es, soziales Miteinander durch regelmäßige Kulturtreffen zu schaffen, zu erhalten und zu fördern."

Damit Seniorinnen und Senioren mit anderen Familien, Alleinstehenden und Studierenden zusammenkommen, wurden ebenfalls im 2. Forum neue „Büros für neue Nachbarschaften" anvisiert. Deren „Nachbarmanager" müssen – das ist nicht einfach ein Wortspiel – „Machbarmanager" sein. Sie sollen regelmäßige Treffen von Nachbarn organisieren, um zu ermitteln, woran Bedarf besteht, und dementsprechend Aktionen planen, „z. B. Kleidertausch, Foodsharing, Reparaturaktionen, Gartenpflege, Babysitten, Nachhilfe u. ä.". Dafür sollte der „Nachbar- bzw. Machbarmanager" jedoch Hilfe erhalten, und zwar ausdrücklich von einer neu zu errichtenden Koordinierungsstelle.

Ausbau bestehender Zentren und Angebote

Die lange Vorschlags- und Wunschliste bedeutet nun keinesfalls, dass es in Hessen an Vielem fehlte. Familienpolitisch sei das Land gut aufgestellt alles andere als eine Einöde. Das belegen schon die zahlreichen bereits gelingenden Programme, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Dialogforen aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen und auf Wunsch der Veranstalter an die Wand schrieben. Sie reichen von A wie Aktionsplan „Vielfalt" bis Z wie Zahnprophylaxe für Kinder.

Einige ‚Best Practices', also Vorzeigebeispiele, wurden in den Diskussionen immer wieder genannt: die kostenlose Familienkarte Hessen für alle hessischen Familien mit mindestens einem Kind, die 141 hessischen Familienzentren als Anlaufstellen für alle Generationen, die hessischen Gesundheitszentren und Pflegestützpunkte sowie die Hessischen Familientage, aber auch Einzelprojekte wie E.v.A., ein gemeinsames Projekt des Landes und der Stadt Bad Nauheim zur Begleitung von Eltern von Anfang an und der Bereich der Frühen Hilfen, mit dem in Hessen sowohl die Begleitung der Eltern während der Schwangerschaft und in den ersten drei Lebensjahren des Kindes gemeint ist, als auch die Frühförder- und Frühberatungsstellen für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder in Hessen.

Trotz allen Lobes seien diese Angebote noch auszubauen, hieß es in den Teilnehmerrunden. Für auf dem Land lebende Familien und ältere Personen müsste auch die Verbraucherberatung dezentraler zugänglich sein und nicht nur in den Großstädten präsent wie die Verbraucherzentralen. Nach deren Modell sollte es zumindest in allen 21 hessischen Kreisstädten eine Verbraucherberatung geben. Sie ließe sich problemlos in bestehenden Einrichtungen wie Familienzentren unterbringen, die ja selbst Räume vorhandener Organisationen, vorwiegend Kitas, mitnutzen.

Das beginnt beim weiteren Ausbau der alle Generationen ansprechenden Angebote von Familienzentren, die damit noch mehr zu beliebten Begegnungsstätten auch für Seniorinnen und Senioren werden, bei der Erweiterung der Kompetenzen und Aufgaben von Gesundheitszentren und Pflegestationen hin zu mehr Prävention sowie beim Ausbau einer altersspezifischen Verbraucherberatung, die diffizile juristische Angelegenheiten wie Testamente und Patientenverfügungen einschließt. Weiterhin bietet sich der „Ausbau von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten für alle Altersstufen" bei der sozialen Integration und Pflege älterer Menschen an, ebenso der Ausbau von Modellprojekten für Mehrgenerationen-Wohnanlagen und ganz generell der „Ausbau des Angebots bestehender Einrichtungen vor Ort".

Gesundheit war ein weiteres zentrales Thema in allen Dialogforen. Die Grundsteine hierfür müssten in der frühen Entwicklung eines Menschen gelegt werden. Bereits im Kindesalter seien Themen wie Bewegung und gesunde Ernährung unumgänglich für eine gesunde Entwicklung. Familien bei diesen wichtigen Aufgaben und insbesondere durch Angebote und Programme z. B. in den Kitas, Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern zu unterstützen, ist eine wichtige Aufgabe aller.

Zudem ausgebaut werden könnten bereits vorhandene Online-Angebote für Familien. Eine digitale Plattform, die Familien über für sie relevante Angebote informiert, wäre mit einem „Grundkonzept" neu zu entwickeln. Und auch der nötigen öffentlichen Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung seien kaum Grenzen gesetzt: für die Belange von Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, die Rolle der Väter, die Würde des Alterns, die Herausforderungen der Inklusion, für die interkulturelle Öffnung und den Austausch mit in der Nachbarschaft lebenden Migranten.

Unterforum 2: Beratung und Unterstützung II
HESSEN
Hessen hat Familiensinn
1. Familienberatung 4.0
- Bildungs- und Beratungsangebot – digital und interaktiv
- Lösung: Fachlich fundiert, frei von kommerziellen Interesse
- (Land, Verbände, Kommunen)
2. Nachhaltigkeit von geförderten Maßnahmen
Ziel: Vorhandene Resssourcen, fachlich und personell besser und gesicherter nutzen
Lösung: Bei Projektförderung einen Mindestförderzeitraum festlegen (3 Jähre)
Verstetigung für Förderbereiche, die sich aus ehemaligen Projektansätzen etabliert haben
FUJITSU

Familienpolitik 4.0

Oft wurden in den Dialogforen digitale Beratungsplattformen und Internetportale mit umfangreichen Datenbanken vorgeschlagen. Plakativ gesprochen eine „Familienberatung 4.0". Ein service- und beratungsorientiertes Internetportal sei eine probate Antwort auf die vielfältigen Bedürfnisse hessischer Familien. Mit allen seinen Angeboten sollte dieses Internetportal „niederschwellig" – also in jeder Hinsicht leicht erreichbar und ohne Scheu in Anspruch zu nehmen –, „barrierefrei" für Menschen mit Einschränkungen und „lebensphasenorientiert" sein. Eine über das Internetportal zugängliche Datenbank könne in etwa so gestaltet werden: sämtliche Leistungen der staatlichen Familienförderung, möglichst viele Angebote für Beratungen und haushaltsnahe Dienstleistungen, von der Kinderbetreuung über die Hausaufgabenhilfe bis zur Pflege älterer Angehöriger sollten enthalten sein. Jugendliche sollten sich über lokale Freizeitangebote, Veranstaltungen und Räumlichkeiten informieren können. Eine breit angelegte Digitalisierung würde die noch mangelhafte Vernetzung von Anbietern und Nutzern, Institutionen und kommunalen Einrichtungen erleichtern. Durch den Erwerb digitaler Kompetenzen könnten sich viele Bürgerinnen und Bürger für ein „lebenslanges Lernen" begeistern lassen, ermöglicht durch einen „digitalen Weiterbildungscampus", der orts- und zeitunabhängig wäre. Dieser könnte beispielsweise Module zum Thema „Zeit für Familie" und Trainingsangebote für Mütter und Väter bereithalten.

Die Forumsteilnehmer waren sich darüber einig, dass „Information die beste Form der Prävention" sei. Und nirgendwo finden sich so viele Informationen wie im Internet. Doch ein Problem für zahlreiche Seniorinnen und Senioren blieben ihre geringe Affinität zum Internet, dessen Handhabung sie überfordere. Um sie unter professioneller und altersgerechter Anleitung an die ihnen fremde Technologie heranzuführen, sollten die Gemeinden vermehrt Kurse anbieten. Auch Jugendliche könnten diese Tätigkeit ehrenamtlich übernehmen.

Eine für die Zukunft entscheidende Innovation sei die IT-gestützte Telemedizin, die geeignet ist, Prävention, Diagnose und Therapie zu verbessern. Digital lassen sich sehr viele Daten eines Patienten verschlüsselt und schnell mit allen für ihn relevanten Akteuren im Gesundheitswesen austauschen. Das erspart viele Wege und viel Zeit. Ohnehin kämen in ländlichen Regionen auf immer mehr ältere Menschen immer weniger Haus- und Fachärzte. Mit Hilfe der Telemedizin kann ein Arzt bequem zu Hause am Bett des Patienten Experten hinzuziehen.

Das Land Hessen hat 2017 unter dem Dach seiner E-Health-Initiative ein „Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health" beschlossen, das bereits Anfang 2018 seine Arbeit aufnimmt.

Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Pflege

Nach wie vor ist die erwünschte Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch keine Selbstverständlichkeit. Das 3. Dialogforum sah nicht zuletzt die Unternehmen in der Verantwortung, daran etwas zu ändern, und empfahl, Führungskräfte im Hinblick auf eine „Neue Vereinbarkeit" zu schulen. Diese gelte es als offiziellen Qualitätsstandard zu etablieren und die sichtbare Väterfreundlichkeit in Betrieben politisch explizit zu fördern. Das stärke das Selbstbewusstsein der Väter. Außerdem könnte das Land Unternehmen als „familienfreundlich" zertifizieren und ihnen damit Vorteile im Wettbewerb um Fachkräfte verschaffen. Die „Neue Vereinbarkeit" setze jedenfalls den gemeinsamen Willen aller Beteiligten und Betroffenen voraus, von der Politik, den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Gewerkschaften und Betriebsräten bis zu den vielbeschworenen „neuen Vätern".

Für den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit wurde der Landesregierung empfohlen, individuelle Arbeitszeitmodelle zu unterstützen, die sich durch die flexible Aufteilung von Arbeitsstunden und Arbeitsorten auszeichnen. Dieses Modell könnte bis zum 3. Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden. Um Müttern und Vätern mehr Arbeit in Teilzeit möglich zu machen, sollten dazu spezielle Ausbildungen angeboten werden. Die Grundlagen dafür wären schon in den Berufsschulen und Curricula zu schaffen, erweitert auf alle Altersgruppen und Branchen. Damit ließe sich womöglich eine frühere Familienbildung begünstigen.

Generations-übergreifend und sozialräumlich Nähe denken

Wie das soziale Leben von „Seniorinnen und Senioren“ zu gestalten wäre, dass sie in ihrem gewohnten Zuhause und Umfeld bleiben können, erwies sich im 2. Dialogforum als ein wesentliches Thema. Damit ältere Menschen nicht zwingend in ein Heim umziehen müssen, empfehlen sich der Bau von barrierefreien Wohnungen und Mehrgenerationenwohnhäusern sowie die Erprobung von Wohnanlagen mit Concierge. Er oder sie wäre nicht nur für handwerkliche Aufgaben zuständig, sondern Ansprechpartner(in) für Fragen der Alltagsbewältigung und des sozialen Austausches in der Wohnanlage mit Gemeinschaftsräumen. Als alternative Wohnhäuser würden sich nicht nur die bereits beliebten Mehrgenerationenwohnhäuser anbieten. Man könnte sogar ganze Mehrgenerationenstraßen planen, in der zugezogene junge Familien die Unterstützung der älteren Nachbarn bekämen und umgekehrt. Als Sozialraum stellt das „Quartier“ das soziale Bezugssystem für seine Bewohner dar, das vielerlei Bedürfnisse befriedigt.
Im Sinne eines Quartiers gewährleistet auch das „Dorf im Dorf“ die langfristige Selbstorganisation und -verwaltung der Bewohner, wofür das Projekt Dorfschmiede Freienseen im Vogelsberg als modellhaftes Beispiel für ein Generationennetzwerk genannt wurde. Das Dialogforum hob die wachsende Bedeutung von „Caring Communities“ hervor, von fürsorgenden Verantwortungsgemeinschaften in einem Quartier, die alternden Menschen eine selbständige Lebensführung sichern. Als „Caring Communities“ verstehen sich Kirchengemeinden, örtliche Genossenschaften und die Vielzahl der Landfrauen-Vereine in Hessen. „Caring Communities“ böten ein wegweisendes Leitbild für das zukünftige Miteinander der Generationen und eine positiv besetzte Fürsorge.

In ländlichen Gebieten seien frühere Treffpunkte von Alteingesessenen wie „Tante-Emma-Läden“ oder Postämter selten geworden oder verschwunden. Dennoch finde sich in Hessen eine Vielfalt an neuen Orten der Begegnung, wurde in der Diskussion betont. In Erzählcafés zum Beispiel träfen sich ganz ungezwungen Jung und Alt. Als generationsübergreifende sportliche Aktivität gebe es sogar das Tandemfahren von Jugendlichen mit Älteren.
Trotz solcher optimistisch stimmenden Angebote nimmt in unserer Gesellschaft die Isolierung und Vereinsamung älterer Menschen zu. Um dem entgegenzuwirken, sollte das Engagement von Ehrenamtlichen, die Hausbesuche abstatten, stärker gefördert werden. Gerade das immer noch tabuisierte Problem der Demenz bedürfe einer Aufklärungskampagne. Die zahlreichen online verfügbaren Informationen zu diesem Krankheitsbild seien für viele ältere Personen nicht abrufbar, weil sie die Handhabung der neuen Medien nicht beherrschten. Deshalb wäre es wichtig, den Seniorinnen und Senioren dabei behilflich zu sein, ihre Onlinekompetenzen zu schulen. Dies könnten nicht zuletzt Jugendliche leisten.

Adnan Schmidt

Jugendparlamente

Kinder- und Jugendparlamente – wie in Wiesbaden – können nicht nur politische Bildung erleichtern, sondern darüber hinaus junge Menschen dazu ermutigen, ihre Meinungen zu äußern und am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken. Noch seien solche Jugendparlamente nicht flächendeckend vorhanden. Ein Unterforum empfiehlt, den Rechtsanspruch, ein Jugendparlament zu gründen, in der Hessischen Gemeindeordnung zu verankern. Danach sollten alle Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr aktiv an der Kommunalpolitik partizipieren, im Kommunalparlament sprechen („Young Corner") und sich an der Kommunalwahl beteiligen dürfen. Außerdem wurde vorgeschlagen, dass das Land für Kinder und Jugendliche unabhängige Ombudsstellen einrichtet, die in Streit- und Konfliktfällen als Schlichter wirken.

Im Dialogforum thematisiert wurden fehlende oder nur schwer erreichbare Orte, wo Jugendliche sich in der Freizeit mit Gleichaltrigen treffen können. Dieses Defizit sei sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum zu verzeichnen. Folglich blieben vielen Jugendlichen nur Treffpunkte übrig, wo sie sich ungeschützt oder unwillkommen fühlten. Oft seien sie sogar auf Sportplätzen unerwünscht. Ein lobend erwähntes Gegenbeispiel sei das Frankfurter Programm „Mitternachtssport", das Jugendlichen noch spät am Abend Turnhallen überlässt.

Eine weitere Vision: eine kultursensible Integration und gelingende Inklusion

Um die Potenziale und Qualifikationen von geflüchteten Menschen zu nutzen, könnten Flüchtlinge als bestens geeignete Kulturvermittler tätig werden können. Nicht nur Erwachsene, auch Jugendliche könnten zu einer „kultursensiblen", schnelleren und besseren Integration anderer Flüchtlinge beitragen. Zumal die Inklusion geflüchteter Kinder mit Handicaps bedürfte unbedingt der „Hilfe aus den eigenen Reihen".

Damit der Lehrplan an den Schulen nicht an den gesellschaftlichen Realitäten und der Lebenswelt der Jugendlichen vorbeiziele, sollte der Unterricht auf die kulturellen Prägungen von Migrantinnen und Migranten sowie Mitbürgern mit Migrationshintergrund eingehen. Beispielsweise könnte der Geschichtsunterricht die neuere Migrationsgeschichte behandeln. Dieser Vorschlag stammt von jugendlichen Schülerinnen und Schülern.

Nach vier gut vorbereiteten und gelungenen Veranstaltungen kann man die Dialogforen ohne zu zögern als Erfolg bewerten. Unabhängig von den einzelnen Vorschlägen, die sich am Ende demokratischer Abstimmungsprozesse durchsetzten, war die rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein Ansporn für die Politik, partizipative Verfahren weiter zu erproben und auf andere Themenfelder auszudehnen. Mit dem Gehörtwerden der Betroffenen erhöht sich die Akzeptanz politischer Maßnahmen ganz beträchtlich. Und das allgemeine Vertrauen in die Bürgernähe der Demokratie wächst um ein Vielfaches.

Gewiss bleibt die Machbarkeit der vorgeschlagenen Verbesserungen eine große Herausforderung – und muss sich im Rahmen begrenzter finanzieller Spielräume bewegen. Die vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ins Leben gerufene Kommission „Hessen hat Familiensinn" wird die Resultate der Dialogforen als Arbeitsgrundlage nehmen, um daraus für die Politik konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

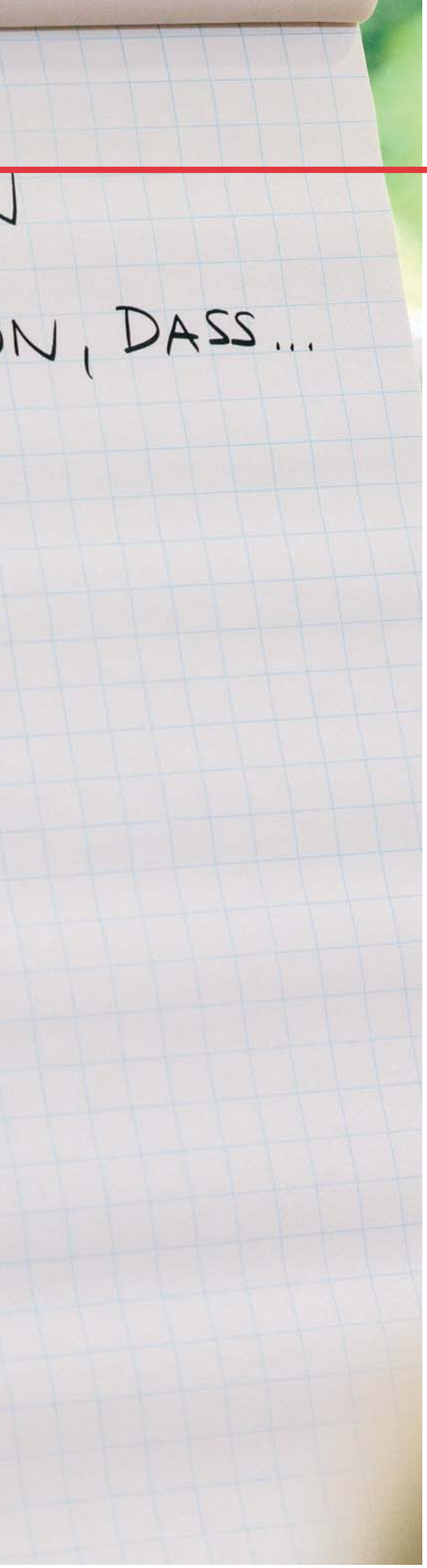
Die vielen Vorschläge mit ihren Schwerpunkten darzustellen, war eines der Anliegen dieses Berichts. Ein großer Fundus an Ideen und Konzepten, die genutzt werden können fürs Weiterdenken und für die Schaffung von Angeboten für Familien in Hessen. Und der Bericht will zeigen, wie vielfältig und intensiv die Diskussionen in den vier Dialogforen in Bad Nauheim waren. Die Kommission fungiert jetzt gleichsam

als Filter, der aus den vorerst vereinzelten und unzusammenhängenden Vorschlägen diejenigen auswählt, die sich in eine familienpolitische Gesamtstrategie einbetten lassen. Gleichzeitig ist diese Gesamtstrategie nicht vorgegeben, sondern fügt sich Schritt für Schritt zusammen. Folglich wird der Entscheidungsprozess fortdauern. Indes kann man schon heute feststellen: Für den Dialog der Politik mit der Zivilgesellschaft hat sich das Format der Dialogforen bestens bewährt.

Und die Dialogforen haben gezeigt, wie wichtig es ist, die Menschen zusammen zu bringen, die es betrifft. Gespräche zwischen Jungen und Senioren, Alleinerziehenden und berufstätigen Vätern, kinderlosen und kinderreichen Familien waren es, die konkrete Vorschläge gebracht haben.

Die Politik und die Gesellschaft sind nun gefordert an der Umsetzung und an der Verstetigung der Vorschläge zu arbeiten. Der Prozess ist mit diesem Bericht nicht zu Ende. Er legt die Grundlage für die Verstetigung der Gesamtstrategie familienpolitischer Initiative in Hessen. „Hessen hat Familiensinn" in den vier Dialogforen hat gezeigt, dass und wie wichtig es ist, Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft zusammen zu bringen, damit die Alltagserfahrungen hessischer Bürgerinnen und Bürger die Grundlage bilden, Familien in Hessen noch bedarfsgerechter unterstützen zu können.

WIR EMPFEHLEN
DER KOMMISSIO
...



Handlungsempfehlungen der Kommission „Hessen hat Familiensinn“

1. Die Kommission spricht sich für den weiteren Ausbau der Familienzentren als Knotenpunkte für generationsübergreifende Angebote, als Börse für familienunterstützende und haushaltsnahe Dienstleistungen vor Ort sowie den Ausbau der dortigen Informations- und Beratungsangebote, insbesondere in den Bereichen der Verbraucherberatung und der Sicherheitsberatung auf der Grundlage zusätzlicher Landesmittel in Höhe von bis zu 1. Mio. Euro in 2018 aus.

2. Die Kommission spricht sich dafür aus, mindestens einmal jährlich zu tagen, um die Umsetzung der Handlungsempfehlungen „Hessen hat Familiensinn“ zu begleiten.

3. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass die Hessische Landesregierung zukünftig in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ausrichterstädten des Hessen- und Familientages, Kindern und Jugendlichen vor Ort die Möglichkeit gibt, ihre Frei- und Lebensräume sowie ihre Bedürfnisse und die Potentiale des Sozialraums vor Ort öffentlichkeitswirksam darzustellen. Während der Veranstaltung sollen jugendliche Gäste Gelegenheit dazu finden, im Rahmen einer Befragung Stellung zu den Angeboten zu beziehen.

4. Die Kommission spricht sich für die Schaffung neuer, offener Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit den Kommunen aus, auch orientiert an den guten Beispielen des Hessischen Partizipationspreises.

5. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass die Versorgungsleistungen von Pflegestützpunkten und Hausarztpraxen durch die aufsuchende Hilfe von „Gemeindeschwestern" unterstützt und damit auch der Teilhabe älterer Menschen gefördert wird. Hierzu sollen Mittel von jährlich 1,85 Mio. Euro in den Jahren 2018 und 2019 zur Verfügung gestellt werden.

6. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass die Fortentwicklung der Pflegestützpunkte sukzessive und bedarfsorientiert fortgeführt werden soll. Ein besonderes Augenmerk soll hier auf der Weiterentwicklung der Angebote für Menschen mit Demenz, wie dem Demenzatlas Hessen, Demenzlotsen und ehrenamtlichen Demenzbegleitern liegen.

7. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass sektorenübergreifende Versorgungsmodelle, wie z. B. Gesundheitszentren in den kommenden Jahren mit zusätzlichen Mitteln gefördert werden.

8. Die Kommission begrüßt den Auf- und Ausbau des Zentrums für die Integration internationaler Pflegefachkräfte (ZIP Hessen).

9. Die Kommission spricht sich für die Entwicklung einer Online-Plattform aus, die auf konkrete Fragen und Alltagsbedürfnisse von hessischen Familien eingeht, direkte Antworten liefert sowie über Hilfeangebote informiert. Im Falle einer erfolgreichen Erprobung, soll die Webseite weiterentwickelt werden zu einer Plattform, die Hilfsangebo-

Die Kommission „Hessen hat Familiensinn"

te und –bedarfe sowie familienentlastende Dienste adäquat darstellen und somit die Familien, Dienstleister und das Ehrenamt miteinander vernetzen kann.

10. Die Kommission spricht sich dafür aus, in den kommenden Schuljahren die Schulkindbetreuung, die Kooperation mit den Schulträgern und den Jugendhilfeträgern, unter Berücksichtigung bestehender Maßnahmen und Programme, qualitativ und quantitativ weiter auszubauen.

11. Die Kommission spricht sich dafür aus, die Angebote zur Integration und zur Migrationspädagogik sowie zur digitalen Bildung und Medienbildung, unter Berücksichtigung bestehender Maßnahmen und Programme, kontinuierlich zu erweitern sowie die Curricula im Hinblick auf gesellschaftliche Realitäten fortlaufend anzupassen.

12. Die Kommission spricht sich für die Prüfung des Bedarfes für eine landesweite Beratung zu gemeinschaftlichem Wohnen aus.

13. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass bei der Ausschreibung von Landesliegenschaften geprüft wird, ob ein bestimmter verpflichtender Anteil auch für genossenschaftliches, experimentelles und gemeinschaftliches Wohnen vorgesehen werden kann, besonders bei der Vergabe von Grundstücken an die Kommunen.

14. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass die Hessische Landesregierung und in der Ausführung die „Hessenstiftung – Familie hat Zukunft“ eine Kampagne zur Bewusstseinsbildung initiiert, die den Wert von Familien im gesamten, die Bedeutung der Familienbildung und die neuen Rollenbilder von Müttern und Vätern im Speziellen aufgreift und den gesellschaftlichen Diskurs anregt.

15. Die Kommission spricht sich für die Förderung digitaler Bildungsangebote für Familien aus, die Eltern insbesondere bei der Familienwerdung und Familienvorbereitung unterstützt.
16. Die Kommission begrüßt ausdrücklich, dass ab dem Jahr 2018 Paare in Hessen beim 4. Versuch einer künstlichen Befruchtung finanziell unterstützt werden und ihnen damit zugleich eine Förderung durch den Bund ermöglicht wird.

17. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass zum Thema Pflege eine kurze und sehr übersichtliche Publikation für die Zielgruppe pflegender Angehöriger erstellt und veröffentlicht werden, um dem direkten Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Digitale und Printmedien werden dabei kombiniert.

18. Die Kommission spricht sich für die Ernennung von Familienbotschaftern und die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen zum Thema Familie, gemeinsam mit Medien in Hessen aus.

19. Die Kommission spricht sich dafür aus, Informations- und Beratungsangebote, insbesondere in den Bereichen der Verbraucherberatung und der Sicherheitsberatung auf der Grundlage zusätzlicher Landesmittel zu unterstützen.

20. Die Kommission spricht sich für die Erstellung weiterer „Booklets“ zu zentralen Themenbereichen und mit dem Ziel einer direkten und raschen Information für Familien in Hessen aus. Die Informationen werden barrierefrei und in mehrsprachiger Form erstellt.

21. Die Kommission spricht sich dafür aus, Kitas bei ihrem Inklusionsauftrag durch die Förderung Allgemeiner Frühförderstellen im Rahmen der Kommunalisierung Sozialer Hilfen zu unterstützen.

22. Die Kommission begrüßt die Hessische Initiative zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege (Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege) und spricht sich dafür aus, die Ausbildung von Pflege- und Eltern-Guides in Betrieben zu unterstützen sowie die Entwicklung eines Stufenplans zur Einführung eines pflegesensiblen Arbeitsumfeldes, auch durch Informationsmaterialien und Broschüren.

23. Zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spricht die Kommission sich für die Erarbeitung von Schulungskonzepten für die Fortbildung von (Führungs-)kräften in Unternehmen in Kooperation mit den hierfür relevanten Akteuren (IHK, HWK. etc.) aus.

24. Die Kommission spricht sich dafür aus, die Erfahrungen einer Online-Plattform auszuwerten und auf deren Grundlage die Entwicklung einer App für mobile Endgeräte zu prüfen.

Unter **www.hhfs.de/doku** finden Sie ein kurzes Video
mit Einblicken in den Dialogprozess „Hessen hat Familiensinn“.

HESSEN

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Dostojewskistraße 4
65187 Wiesbaden
www.soziales.hessen.de